
Diskussion (Arbeitsgruppe 4/Runde 3)

Eva-Maria Stange: Wir haben in der Tat eine Phantomdiskussion um die Frage "Stärkung des DGB". Wenn festgeschrieben wird, dass die politische Willensbildung zukünftig in den Einzelgewerkschaften stattfindet, wird der DGB ausgehöhlt. Er ist dann bestenfalls eine Sammlung von Einzelpositionen.

Welche Verschiebung der Kräfte innerhalb des DGB „ver.di“ bedeuten wird, ist für mich noch nicht absehbar. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass eine Gewerkschaft mit 3 Millionen Mitgliedern auf eine eigene Sozialpolitik, eine eigene Bildungspolitik verzichten wird. Was will man dann aber an den DGB abgeben?

Regina Görner: Die entscheidende Frage ist, ob der DGB es schafft, seine Maklerrolle offensiv wahrzunehmen. Viele im DGB warten sozusagen darauf, dass die großen Gewerkschaften sprechen und orientieren sich dann daran. Wenn aber DGB-Arbeit ihr eigenes Verständnis entwickelt, wenn sie eine spezifische Rolle hat in diesem Zusammenspiel von Dachverband und Gewerkschaften, kann es auch dann funktionieren, wenn in den großen Gewerkschaften bestimmte Fachabteilungen bleiben. Das setzt voraus, dass diejenigen, die DGB-Arbeit machen, ihre Funktion anders verstehen, als das lange Zeit Praxis war.

Hermann Schwengel: Es geht nicht nur um eine Abgabe von Funktionen, sondern auch um die Abnahme von Dienstleistungen. Selbst den kleinen Gewerkschaften fällt es schwer, die Kompetenz des DGB abzufordern. Wenn Gewerkschaften sich zu drei, vier großen Einheiten zusammenschließen, bilden sich Provinzfürstentümer aus. Wenn es, rein hypothetisch, mehrere IG Metall geben sollte, entsteht eine Dynamik, die die Tendenz hat, in Absprache zwischen den vier oder fünf wichtigen Akteuren Formelkompromisse zu finden, um sich wechselseitig die Territorien nicht streitig zu machen. Wenn ich die Argumente, die jetzt gefallen sind, gewichte, dann muss definiert werden, was der DGB spezifisch transportiert und was die Einzelgewerkschaften nicht transportieren können.

Jenseits dieser Koordinationsfragen ist folgendes zu beachten: Wenn es eine Botschaft der Globalisierungsdebatte gibt, so ist es die, dass, entgegen Annahmen und Vermutungen am Anfang dieser Debatte, die von Ortlosigkeit, Raumlosigkeit und davon geprägt war, dass alles nur noch fließt, die Abstufungen von Städten, Gemeinden, Regionen und nicht nur von Branchen, eine sehr starke Rolle bei der Konkurrenz um knappes Kapital bei Machtkonflikten und dergleichen spielen werden. Ich kann mir den DGB nur vorstellen, wenn er die Stärken seiner territorialen Gliederung wirklich ausspielte. Aber er tut es nicht oder zu wenig. Diese Bündelungsleistung muss auch quer zu den Branchen, mit den Städten und den regionalen Gliederungen erfolgen. Es nützt ja nichts, wenn in Berlin mehr Macht, auch definitorische Macht konzentriert ist, sie aber die zweite Ebene nicht erreicht.

Franz-Josef Möllenberg: Angesichts der Strukturveränderungen in der Wirtschaft müsste man den Gedanken einer neuen DGB-Struktur ernsthaft verfolgen. Zur historischen Wahrheit gehört, dass fünf Gewerkschaften im Oktober 1995 entsprechende Überlegungen an-

gestellt haben, die sich nicht haben durchsetzen können. Ich bin entschieden dagegen, dass sich der DGB noch weiter aus der Fläche zurückzieht: Regionalpolitik muss mit dem DGB stattfinden.

Wilhelm Kaltenborn: Ein Beispiel zu einem Organisationsproblem der Gewerkschaften: Vor ein paar Tagen bin ich in Chemnitz einem jungen Handwerker begegnet, der vor 10 Jahren bei den Prager Botschaftsflüchtlingen dabei war. Seine Biographie in Stichworten: von Haus aus Aluminiumschweißer, in Koblenz einen Job bekommen und bei der IG Metall engagiert. Er ist dann aus familiären Gründen nach Ostdeutschland zurückgegangen und hat sich selbständig gemacht. Er musste einen Job annehmen, war wieder Gewerkschaftsmitglied und ist jetzt wieder selbständig. Er hat sich auf Kunstgegenstände spezialisiert und hat einen Markt entdeckt. Mittlerweile hat er zwei Angestellte. Er hat mich gefragt, warum ihn die Gewerkschaft bei seinen versicherungs- und steuerrechtlichen Problemen mit seinen beiden Angestellten nicht beraten könne. So wie ich die Gewerkschaften kenne, wird es da keine Möglichkeiten geben, er müsste schon zur IHK oder Handwerkskammer gehen.

Regina Görner: Im Grundsatzprogramm gibt es einen Hinweis darauf, dass wir uns nicht mehr nur verstehen als die Interessenvertretung von traditionellen Arbeitsverhältnissen, sondern auch von neuer Selbständigkeit, Telearbeit etc. Wir waren uns darüber im Klaren, dass die Gewerkschaften den Weg finden müssen in diese Gruppe hinein, weil diese Gruppe womöglich den Normalfall der Zukunft repräsentiert. Der größere Teil der jungen Menschen kommt nach der Ausbildung nicht in unbefristete Beschäftigung. Sie müssen mit Patchworkbiografien rechnen. Und wenn wir nicht in der Lage sind, dafür auch die inhaltlich richtigen Angebote auch Beratungsangebote zu machen, werden wir Probleme bekommen.

Udo Hanselmann: Auf einem DGB-Bundeskongress wurde beschlossen, dass der DGB die Möglichkeiten der Betreuung und Organisation von Studierenden prüfen soll. Das hat leider nicht zu politischen Konsequenzen geführt, obwohl die Studierenden eine wichtige Zielgruppe für uns sind. Sie kommen nicht von selbst auf die Idee, sich an Gewerkschaften zu wenden. Deshalb ist es wichtig, dass die Gewerkschaften in den Universitäten präsent sind.

Hermann Schwengel: Ich will an die Zukunftsdiagnose Patchwork anknüpfen. Sie stimmt, hat aber ihre Tücken. Wir haben bisher von einer Entwicklung gesprochen, in dem dieses Patchwork-Segment noch relativ klein ist. Das hat auch etwas Experimentelles, Interessantes, wir reden noch nicht über Patchwork als Allgemeinzustand. Patchwork als Normalfall hieße, eine Art von Flexibilisierungsregime als schon gegeben anzunehmen, bei dem Projektgruppen für bestimmte Aufgaben zusammengestellt werden, die Erfolgreichen alles bekommen, die Verlierer rausfliegen und sich ein neues Projekt suchen. Es bilden sich Negativkarrieren, wenn der Erfolg auf Dauer ausbleibt. Wenn dies nicht mehr nur ein kleines Segment ist, sondern ein breiter realer Prozess, erst dann stellt sich die gesellschaftspolitische Frage, wie Flexibilität eigentlich organisiert wird. Großorganisationen, kollektive Akteure wie die Gewerkschaften, müssen neben dem Öffnungsangebot, also dem Wechsel zwischen Selbständigkeit und Nichtselbständigkeit, zwischen verschiedenen Berufsvariationen, auch Schließungsangebote anbieten.

Wie bringt man Dinge zusammen? Einmal braucht man einen geeigneten Ort, eine Stadt, eine Region. Zum anderen ist Bildung im Sinne von Kompetenzerwerb erforderlich, um überhaupt als Person damit zurechtzukommen, dass sich alles so schnell ändert. An beidem

können sich die Gewerkschaften beteiligen, aber sie werden nicht die erste oder alleinige Rolle spielen können, weil es viele andere Akteure in der Region gibt. Sprechen wir über die Bildungsakteure und betrachten wir kurz, wie Berufsverbände jetzt anfangen diese Patches wieder zusammensetzen. Man sagt: „Ich kann dich beraten, wenn du von Grafik zu Design und von dort zu Architektur gehst. Ich weiß nicht, was funktioniert, wenn du jetzt etwas ganz anderes machst.“ Das Interessante sind die Zwischenzonen, in denen langsam Kompetenz erworben wird. Dadurch bildet sich Wissen, das man anderen vermitteln kann. Die Kompetenz, etwas erzählen zu können, fällt in den Rahmen der Gewerkschaften. Es geht darum, Beruflichkeit zu definieren in einem Feld, in dem die Berufe auseinander driften. Es wäre eine irriige Annahme zu denken, dass die Individuen das alles schon irgendwie selbst machen.

Jürgen Weißbach: Ich war neulich bei einer Veranstaltung des Arbeitsamtes Magdeburg mit Zeitarbeitsfirmen, zu der innerhalb von drei Tagen 5000 Arbeitslose eingeladen worden waren. Keine Gewerkschaft macht auch nur irgendeinen Handstrich gegenüber Zeitarbeitsfirmen. Ich habe angeboten, dass der DGB in Missbrauchsfällen berät. Wenn ich eine entsprechende Anfrage bekomme, erhalte ich von keiner Gewerkschaft Auskunft, weil ich ihr gegenüber erst nachweisen muss, dass der Fragesteller ein Gewerkschaftsmitglied ist. So lange wir eine solche Struktur haben, kommen wir aus meiner Sicht nicht weiter.

Wenn die IG Metall 10 Millionen DM in eine Werbekampagne steckt, um den Telekom-Bereich zu organisieren, obwohl man weiß, dass es dort bereits eine sachkompetente Gewerkschaft gibt, werden wir viele gewerkschaftsinterne Probleme haben, die im Zweifel atmosphärisch beim DGB abgeladen werden. Seit eineinhalb Jahren organisiere ich eine offene Diskussion im Landesbezirksvorstand über einzelgewerkschaftliche Erfolge oder Misserfolge. Aber kein Gewerkschaftssekretär diskutiert mit seiner Nachbargewerkschaft über seine Tarifgestaltung und über das, was er erreicht hat. Es herrscht keine Offenheit. So lange wir nicht auch eine andere Kommunikationskultur zwischen den Gewerkschaften schaffen, sehe ich relativ schwarz.

Eva-Maria Stange: Ich habe erfahren müssen, dass dieser offene, ehrliche Umgang in der Gesamtorganisation und auch innerhalb des Bundesvorstandes sehr zu wünschen übrig lässt. Man redet zu wenig über die vorhandenen Schwierigkeiten, die ja ähnlich gelagert sind und über diese Abgrenzungsfragen miteinander. Ich möchte auch etwas zu der Öffnung hin zu Nichtmitgliedern sagen. Sie müssen, wie die Mitglieder auch, an ihrem Arbeitsumfeld oder in ihrer Berufsperspektive abgeholt werden. Die Bindung an den Alltag und an unmittelbare Problemlösungen spielt auch für neue Mitglieder eine immer stärkere Rolle.